

Niederschrift Nr. 51 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 01.12.2005

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II
Sitzungsdauer: 17:00 bis 19:30 Uhr

Den Vorsitz führte: Ratsherr Richard Woldmer

ANWESENDE:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Beigeordneter Bernd Bornemann
Ratsherr Richard Janssen
Ratsfrau Marianne Pohlmann
Ratsherr Ihno Slieter
Ratsherr Richard Woldmer

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz
Ratsherrn Herbert Buisker
Ratsherr Hinrich Odinga

FDP

Beigeordneter Erich Bolinius
Beigeordnete Hillgriet Eilers (bis 19:25 Uhr)
Ratsherr Franz Melles

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Wulf-Dieter Stolz

Beratende Mitglieder

Herr Horst von Fehren
Herr Johann Janssen
Herr Richard Lüppen
Herr Helmut Zimmermann (bis 19:10 Uhr)

Von der Verwaltung

Stadtbaurat Andreas Docter
FB-Leiter 300 Patrick de La Lanne
FB-Leiter 400 Wolfgang Münch (bis 19:00 Uhr)
Komm. FDL 361 Ulrich Fortmann
FD-Leiter 362 Rainer Kinzel
FD 432 Volker Grendel
Stadtangestellte Agnes Rauch, Protokollführung

Gäste

Herr Schmidt, Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (zu TOP 10)
Herr Fritscher, Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (zu TOP 10)
Herr Dr. Schlichting, Ingenieurbüro Bultmann und Schlichting (zu TOP 10)
Herr Liebert, Ingenieurbüro Bultmann und Schlichting (zu TOP 10)
Herr Prof. Dr. Sporbeck, Büro Froelich und Sporbeck (zu TOP 11)
2 Vertreter der örtlichen Presse
3 Besucher

Niederschrift Nr. 51 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 01.12.2005

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Woldmer eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Woldmer erklärt, es sei der Wunsch geäußert worden, die Tagesordnungspunkte 10 und 11 vorzuziehen, um den Gästen ein früheres Gehen zu ermöglichen.

Gegen die geänderte Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 50 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 03.11.2005

Herr Stolz weist darauf hin, dass die ausgefallene Sitzung im Oktober anberaumt gewesen sei und nicht im September (TOP 2, Seite 2).

Weiter stellt Herr Stolz fest, auf Seite 11 zu TOP 14 stehe, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Anzeige gegen den Verstoß gegen die Baumschutzsatzung erstattet hätten. Das sei so nicht richtig, denn Herr Renken habe diese Anzeige als Privatmann erstattet.

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 50 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 03.11.2005 wird mit dieser Änderung genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 4 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Herr Alfred Ivens erklärt, als Wybelsumer Bürger bitte er darum, den Gehweg in der Straße „Zum Neuen Friedhof“ nicht auf die Ostseite zu verlegen. Dadurch würden sich die Gefahren für die Fußgänger erheblich vergrößern. In einer Bürgerversammlung sei man zu einem Abstimmungsergebnis zugunsten des Gehweges auf der westlichen Seite gekommen.

Herr Woldmer bedankt sich und teilt mit, dieses Thema werde im Tagesordnungspunkt 7 ausführlich behandelt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

Punkt : 5 Vorlage 14/489-02
Bebauungsplan C 9, 3. Änderung (Erweiterung der Kunsthalle, Hinter dem Rahmen);
- Durchführungsvertrag gem. § 12 BauGB

Herr Woldmer schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 5 und 6 gemeinsam zu beraten und anschließend getrennt abzustimmen.

Herr Fortmann stellt fest, der Durchführungsvertrag über den 4. geplanten Bauabschnitt der Erweiterung der Kunsthalle sei bereits von der Stiftung Henri und Eske Nannen unterzeichnet worden und könne heute für die Beschlussfassung im Rat empfohlen werden.

Niederschrift Nr. 51 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 01.12.2005

Beim letzten Stadium seien während der öffentlichen Auslegung keine wesentlichen Anregungen und Stellungnahmen eingegangen. Einige redaktionelle Änderungen seien in das Planwerk eingearbeitet worden, so dass das Vorhaben selbst jetzt zur Beschlussfassung vorliege.

Herr Fortmann erläutert die geplanten Erweiterungsabsichten und die wesentlichen Veränderungen des 4. Bauabschnittes anhand einer Folie.

Herr Bornemann ist erfreut darüber, dass es keinerlei Einwände seitens der Bevölkerung gegeben habe. Insofern werde die SPD-Fraktion selbstverständlich beiden Vorlagen zustimmen, da die Bedeutung der Kunsthalle für Emden allen völlig bewusst sei.

Frau Eilers stellt fest, es gäbe kaum eine Stadt in Niedersachsen, die trotz knapper Kassen so viel Geld in Kunst und Kultur investiere wie Emden. Hier habe man erkannt, welche Wichtigkeit kulturelle Einrichtungen auch als Wirtschaftsfaktor hätten. Sie sei der Ansicht, dass dieser Beschluss ein ganz klares Bekenntnis zur Kunsthalle und auch ein Ausdruck des Selbstbewusstseins der Emdener sei.

Auch **Herr Bongartz** bemerkt, dass es spätestens seit der Munch-Ausstellung den Emdern bewusst geworden sei, welchen großen Zulauf diese Kunsthalle habe und wie der Einzelhandel letztendlich davon profitiere.

Herr Stolz hält ebenfalls die Kunsthalle für eine gute Sache und ist erfreut darüber, dass es weitergehe.

Herr Fortmann fasst zusammen, eine öffentliche Auslegung habe stattgefunden. Nun sei es notwendig, den Beschluss über den Durchführungsvertrag zu fassen. Der enthalte keine finanziellen Aspekte und könne somit in der Öffentlichkeit beschlossen werden. Danach könne im Anschluss der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Beschluss: Dem Abschluss des Durchführungsvertrags gemäß § 12 BauGB zwischen der Stiftung Henri und Eske Nannen und der Stadt Emden wird zugestimmt (Anlage 1 zur Vorlage 14/489-02).

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 6 Vorlage 14/489-01
Vorhabenbezogener Bebauungsplan C 9, 3. Änderung (Erweiterung der Kunsthalle);
- Satzungsbeschluss (Stadium III)

Beschluss: Der vorhabenbezogene Bebauungsplan C 9, 3. Änderung nebst Begründung wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 7 Vorlage 14/1637-03
Dorferneuerung Wybelsum/Logumer Vorwerk

Herr Docter berichtet, bereits in der letzten Sitzung sei die Planung vorgestellt worden, da in der Bürgerversammlung im Juli die Bitte an die Verwaltung herangetragen worden sei, den Straßenbereich „Zum Neuen Friedhof“ nochmals zu überdenken und entgegen der

Niederschrift Nr. 51 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 01.12.2005

ursprünglichen Planung den Fußweg auf die Ostseite zu verlegen. Dem sei in der Vorlage so entsprochen worden.

In der Zwischenzeit habe die Verwaltung an diesem Projekt weitergearbeitet und insbesondere die Dinge geprüft, die von den Bürgern eingewendet worden seien. So spiele letztendlich das Thema Straßenreinigung keine Rolle, da dieses Argument aus Sicht der Verwaltung nicht stichhaltig sei. Auch sei die Verlegung des Fußweges in der Verkehrskonferenz behandelt worden. Er bittet Herrn Grendel als deren Sprecher um die Stellungnahme zu diesem Thema.

Herr Grendel stellt fest, dass die Umplanung dieses Bereichs begrüßt werde und erläutert den Standpunkt der Verkehrskonferenz. Er fasst zusammen, es bestehe die einmalige Chance, den Fußweg auf die eigentlich richtige Seite zu bringen. Mit dem Belassen des Fußweges auf der bisherigen Seite provoziere man unnötige Querungen über die Straße. Es gäbe die Möglichkeit, einen Gefahrenpunkt zu reduzieren und den Fußweg auf die vermeintlich richtige Seite zu bringen. Das sei die klare Aussage von allen Mitgliedern der Verkehrskonferenz gewesen.

Herr Docter weist darauf hin, durch die Umplanung verringere sich die heute sehr breit ausgebaute Straße von 7,50 m Breite auf 6 m. Auch sei die Anbindung des südlichen Abschnittes aus planerischer Sicht in diesem Bereich bei einem östlich gelegenen Fußweg ideal. Weiter stellt er fest, es sei der Verwaltung anzukreiden, dass sie im Juli in der Bürgerversammlung einen Vorschlag unterbreite habe, der noch nicht ausgereift gewesen sei.

Herr Bornemann ist der Meinung, dass die in der Bürgerversammlung am 07.07.2005 vorgestellte Planung, nämlich den Bürgersteig auf der westlichen Seite zu belassen, von der Bevölkerung akzeptiert werde. Es bedarf einer großen Überzeugungsarbeit den Bürgern gegenüber, wenn der Fußweg nunmehr auf die andere Straßenseite verlegt werden solle.

Er fragt an, aus welchem Grunde es nicht möglich sei, den Fußweg südlich der Schöfelwiese anzulegen. Dieses sei mehrfach angeregt worden, da es der bessere Weg sei, um die Bushaltestelle anzubinden.

Seine Fraktion sei der Ansicht, dass die beiden Querungsstellen genügend zur Verkehrsberuhigung beitragen würden. Aus diesem Grunde würden sie der Verlegung des Gehweges auf die östliche Seite nicht mittragen.

Herr Odinga bemängelt, dass nach drei- bis vierjähriger Planung nochmals die Bürger eingeladen worden seien und es habe kaum Resonanz gegeben. Der Arbeitskreis habe dort den Plan nochmals vorgestellt. Man könne davon ausgehen, dass die Bürger mit der Planung einverstanden seien, wenn sie nicht an der Veranstaltung teilnehmen würden.

In der letzten Stadtentwicklungsausschuss-Sitzung konnten sich die Anwesenden nicht einigen, auf welcher Seite der Bürgersteig gelegt werden solle. Die Meinung der Verkehrsexperten habe man dazu eben gehört. Heute müsse man sich entscheiden, ob der Fußweg verlegt werde.

Weiter führt er aus, in der von ihm einberufenen Versammlung, an der auch sechs Ratsleute teilgenommen hätten, sei über 2,5 Stunden sachlich diskutiert worden. Im Anschluss daran habe eine nicht repräsentative Abstimmung stattgefunden. Dabei seien sieben Personen für die Verlegung des Weges und 18 Personen dagegen gewesen. Mit diesem Ergebnis sei man in die Fraktionen gegangen. Er sei heute mit dem Gedanken in die Sitzung gegangen, sich der Stimme zu enthalten. Jedoch hätten die Verkehrsexperten ihn überzeugt, weil durch die

Niederschrift Nr. 51 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 01.12.2005

Verlegung des Fußweges ein Gefahrenpunkt reduziert werde. Aus diesem Grunde bitte er alle, für diesen Plan zu stimmen.

Herr Zimmermann erklärt, in der Verkehrskonferenz habe man sich sehr wohl Gedanken gemacht und das Für und Wider abgewogen. Letztendlich sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass es richtig sei, den Gehweg auf die östliche Seite zu verlegen.

Herr Bolinius stellt heraus, seine Fraktion sei nach Gesprächen mit den Bürgern in Wybelsum zu dem Ergebnis gekommen, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Herr Stolz ist auch der Ansicht, dass die Verwaltung eine völlig neutrale Sichtweise dargelegt habe, die in sich flüssig und überzeugend sei. Er plädiere dafür, dem Verwaltungsvorschlag zu folgen.

Herr Bornemann entgegnet, die SPD-Fraktion bleibe bei dem ersten Vorschlag der Verwaltung, der am 07.07.2005 in der Bürgerversammlung vorgetragen worden sei. Zu dem damaligen Zeitpunkt sei man der Auffassung gewesen, dass es der bessere Weg wäre, den Fußweg an der Westseite zu belassen.

Herr Buisker stellt fest, seit Juli hätten sehr viele Besprechungen stattgefunden, in denen die Fachleute zu dem Schluss gekommen seien, dass es besser wäre, den Fußweg zu verlegen.

Herr Docter trägt vor, im Bereich des Bushalteplatzes sei geplant gewesen, einen breiten Steg in den Graben hineinzubauen, damit die Schüler überhaupt in den Bus gelangen könnten. Es hätten umfangreiche Veränderungen im Bermen- und Böschungsbereich vorgenommen werden müssen. Aus der Kurvensituation heraus ergäbe sich die Notwendigkeit einer relativ breiten Straße. Aus diesem Grunde habe man sich seinerzeit dafür entschieden, hier keinen Fußweg anzulegen.

Auf die Frage von **Herrn Janssen**, warum er sich gegen den Willen der Bürger entscheide, antwortet **Herr Odinga**, als Arbeitskreismitarbeiter stehe er eindeutig zu der Verlegung des Fußweges.

Herr Bornemann hält es für sehr aufwendig, einen Bürgersteig auf der anderen Seite neu zu errichten. Er fragt an, ob die Kosten auch abgewogen worden seien. Seiner Meinung wäre es durchaus sinnvoll, den Weg dort zu belassen und über die Kurve weiterzuführen.

Herr Grendel erläutert zunächst die Situation an der Schöfelwiese und bittet anschließend darum, nüchtern die jetzige Situation zu betrachten und die vorherigen Planungen außer Acht zu lassen.

Herr Docter betont, hinsichtlich der Kosten bei dem Fußweg im Bereich „Zum Neuen Friedhof“ habe man den Vorteil, dass auf einer gefestigten Fläche gebaut werden könne und somit keine wesentlichen Untergrundarbeiten durchzuführen seien. An einer anderen Stelle müsse alles neu angelegt, gefertigt und sogar in den Graben gebaut werden. Die Entscheidung, auf den Weg bei der Bushaltestelle zu verzichten, sei bereits vor der Bürgerversammlung am 07.07.2005 gefasst worden.

Er habe Verständnis dafür, dass sich die Politik den Bürgern nähern wolle. Doch stünden hier Fachleute zur Verfügung, die die Politiker beraten würden.

Niederschrift Nr. 51 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 01.12.2005

Beschluss: Die Beschlüsse des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 12.07.2005 und des Verwaltungsausschusses vom 11.07.05 zur Vorlage-Nr. 14/1637-02 Punkt 1 werden wie folgt ergänzt:

Der überarbeiteten Planung durch die Planungsgruppe Ländlicher Raum im Bereich

1. Straße „Zum Neuen Friedhof“ und Ortseingang
2. Anbindung der Kloster-Langen-Straße im südlichen Teil des Dorferneuerungsgebietes

wird zugestimmt.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 006

Dagegen: 005

Enthalt.: 000

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

Punkt : 8 Vorlage 14/1978-00
Busspur
- Antrag der CDU-Fraktion vom 15.11.2005

Herr Bongartz erläutert, seine Fraktion habe die Busspur von Anfang an für nicht erforderlich und auch nicht für ordnungsgemäß zustande gekommen gehalten. Sie sehe keinen Nutzen in der Busspur. Von daher sei die CDU-Fraktion immer der Auffassung gewesen, die Busspur abzuschaffen. Außerdem habe sich dadurch der Öffentliche Personennahverkehr nicht vermehrt. Das Gegenteil sei der Fall gewesen, die große Menge des Individualverkehrs werde in ganz erheblicher Weise benachteiligt.

Seine Fraktion habe nunmehr einen Vorschlag unterbreitet und wolle diesen zur Debatte stellen. Er sei erfreut darüber, dass die Verwaltung in ganz bestimmten Bereichen durch ein Planungsbüro prüfen lassen möchte, ob die Taktfrequenz der Busse gestört werde. Er führt weiter aus, man wolle sich gemeinsam mit den anderen Fraktionen auseinandersetzen, um gemeinschaftlich einen Weg zu finden, das Geld für die Untersuchung der Taktfrequenzeinhaltung im Haushalt bereitzustellen. Dieses sei eine ganz wesentliche Maßnahme.

Herr Bongartz erläutert abschließend die einzelnen Bestandteile seines Antrages.

Herr Bornemann schlägt vor, diesen Antrag zunächst in den Fraktionen zu diskutieren und heute nicht darüber abzustimmen. Die SPD-Fraktion stelle sich nicht grundsätzlich gegen eine gutachterliche Prüfung. Dennoch möchte sie zunächst wissen, welche Kosten allein für die Begutachtung entstehen würden.

Er erklärt weiter, in dem Verkehrsentwicklungsplan stehe, dass die Busspuren vor allem der Beschleunigung der Hauptlinie dienen und sich für alle Linien im Kernbereich als durchdachtes System erweisen würden. Insofern sei die Busspur bereits durch ein Fachbüro beurteilt worden. Wenn es zu einer gutachterlichen Prüfung kommen sollte, müsse seines Erachtens auch der Bereich Spedition Dirks bis zur Courbierestraße mit einbezogen werden. Abschließend stellt er fest, dass seine Fraktion dem Punkt 5 des Antrages, das Linksabbiegen von der Abdenastraße in den Kattewall zu untersagen, zustimmen werde.

Niederschrift Nr. 51 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 01.12.2005

Herr Bolinius bemerkt, die FDP-Fraktion könne sich einen Rückbau von Teilbereichen der Busspur durchaus vorstellen, wenn keine Fördermittel mehr zurückgezahlt werden müssten. Er führt aus, die CDU-Fraktion habe seinerzeit verkündet, dass sie ein Bürgerbegehren gegen die Busspur durchführen wolle. Davon habe er bis heute nichts mehr gehört.

Herr Bolinius erklärt weiter, die SPD-Fraktion habe immer damit argumentiert, sie sehe keine Möglichkeit, die Busspur zurückzuführen. Jetzt stünde der Kommunalwahlkampf an und nun werde großzügig gesagt, man wolle ein Gutachten einholen. Er vermute, dass man die Zeit nutzen wolle, um über die Kommunalwahl hinwegzukommen. Er macht darauf aufmerksam, dass bei Abschaffung der Busspur auch Haltestellen einzurichten seien, die erhebliche Kosten verursachen würden. Abschließend stellt Herr Bolinius fest, da es sich bei dieser Vorlage um eine Tischvorlage handele, unterstütze er den Antrag von Herrn Bornemann, um sich in den Fraktionen beraten zu können.

Herr Stolz hält es für ein unzeitgemäßes Zeichen, bauliche Einrichtungen, die dem öffentlichen Verkehr dienen, zurückschneiden zu wollen. Auch halte er es für keinen guten Stil, Fristen abzuwarten, die für Rückzahlung von Fördermittel gelten würden. Seiner Meinung nach sei es sinnvoller, mit dem Geld, welches für Gutachten und entsprechende Baumaßnahmen ausgegeben werde, den Radverkehr zu stärken.

Herr Bongartz betont, wenn die CDU-Fraktion gesagt habe, sie wolle den Bürger über die Busspur entscheiden lassen, falls der Antrag keine Mehrheit finde, dann werde sie das auch tun. Seine Fraktion habe sich vor der ersten Antragsstellung erkundigt, ob für den Rückbau der Busspur die Mittel zurückgezahlt werden müssten. Dieses sei nicht der Fall gewesen, aber der Antrag habe keine Mehrheit gefunden. Er sei damit einverstanden, wenn dieser erneute Antrag zunächst in den Fraktionen beraten werde und in vier bis fünf Wochen erneut auf die Tagesordnung komme.

Herr Bongartz weist darauf hin, dass die Kosten für die Begutachtung in der Stellungnahme der Verwaltung genannt worden seien. Seiner Meinung nach könne hierauf verzichtet werden. Weiter betont er, auf der Auricher Straße, auf der Petkumer Straße und im Bereich Friesland seien mehrmals die Fahrbahnmarkierungen herausgeschliffen und mit neuem Belag versehen worden. Dadurch sei die Oberflächenwirkung völlig anders als die gesamte andere Straße. Sobald es regne und dunkel sei, wisse niemand mehr, wo er sich überhaupt befinde. Es sei das Ansinnen seiner Fraktion, den Grundsatzbeschluss zu erzielen, die Busspur entfernen zu lassen und Stück für Stück die Straßen neu zu ordnen, damit sich die Verkehrsteilnehmer bei jeder Witterungslage sicher fühlten.

Herr Zimmermann bestätigt die Aussage von Herrn Bongartz bezüglich der Fahrbahndecke. Seiner Meinung nach müsse die Straße erneuert werden.

Herr Grendel teilt mit, der Teil Kattewall sei im Parkleitsystem bereits vorgesehen. Zunächst würden dort die Bauvorhaben abgewartet, danach werde das Linksabbiegen untersagt. Er bitte jedoch darum, auch das Linksabbiegen aus dem Kattewall heraus zu untersagen, da sonst die Linksabbieger die anderen aufhalten würden.

Herr Docter erklärt, zum einen sehe die Verwaltung im Bereich Courbierestraße keinen Einfluss auf die Taktfrequenz, da es dort von der Spedition Dirks bis zur Courbierestraße keine Ampel gäbe. Zum anderen werde auch keine Veränderung der Taktfrequenz durch die Vorrangschaltung aus einer Bauhaltebucht gesehen. Die Verwaltung habe sich nie mit der Politik hinsichtlich der Taktfrequenz geeinigt, so erhoffe man sich jetzt, durch die ausführliche Untersuchung Klarheit zu bekommen. Die Verwaltung könne mit dem Antrag der CDU gut leben, da sie selber dadurch Planungssicherheit bekäme. Im Haushalt 2005 sei für diese Maßnahmen kein Geld vorhanden. Ein neuer Haushalt werde zurzeit verhandelt. Er weist

Niederschrift Nr. 51 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 01.12.2005

ferner darauf hin, dass die in der Vorlage genannten 150.000 € für die Petkumer Straße lediglich für die Ummarkierung vorgesehen seien. Einen neuen Belag würde man für diesen Betrag nicht erhalten.

Herr Docter bestätigt die Aussage von Herrn Grendel, dass auch das Linksabbiegen vom Kattewall unterbunden werden müsse. Dieses sei aber eine Sondermaßnahme.

Herr von Fehren bemerkt, es solle das Maß der Verhältnismäßigkeit berücksichtigt werden. Nur sehr wenig Leute würden mit dem Bus auf der Busspur befördert, während Hunderte von KFZ in der Schlange stehen würden und nicht weiterkämen. Ferner gibt er zu bedenken, dass bei den Fahrzeugen die meisten Abgase im Leerlauf produziert würden.

Herr Buisker stellt fest, seit einigen Monaten werde die Autobahnabfahrt Emden-Mitte als Hauptstrecke genutzt, um in die Innenstadt zu gelangen. Dadurch sei das Problem in der Auricher Straße noch viel extremer geworden.

Herr Lüppen legt dar, die Bundesregierung plane, die Fahrkostenpauschale bis zu 20 km zu streichen, so dass immer mehr Leute auf die Busse umsteigen würden. Es sei nicht sinnvoll, nunmehr den Busverkehr in Schwierigkeiten zu bringen und die Busspuren in Frage zu stellen.

Herr Melles entgegnet auf das Argument von Herrn von Fehren, man schaffe auch nicht die Gleise ab, wenn ein fast leerer Zug vorbeifahren würde. Weiter stellt er fest, dass das Problem an den Haltestellen nicht richtig beleuchtet worden sei und es dort zu erheblichen Verzögerungen kommen würde. Er weist aber darauf hin, dass die FDP-Fraktion bei dem ersten Antrag nicht abgelehnt hätte, sie habe jedoch zum damaligen Zeitpunkt nicht zustimmen können.

Herr Bornemann bedankt sich für den Hinweis, dass die Zahlen für die Erstellung der Gutachten in der Tischvorlage vorhanden seien. Damit habe sich seine Frage erledigt.

Herr Bongartz hat keine Bedenken bezüglich der Haltestellen, denn dort würden ja nur wenige Menschen ein- und aussteigen. Die Busse würden in Wirklichkeit überwiegend leer fahren. Nur an wenigen Momenten sei dieses anders. Das es gut laufe, könne man auf der anderen Straßenseite der Auricher Straße sehen. Dort habe man keine Busspur und die Haltestellen würden keine Probleme bereiten. Auch gäbe es in großen Städten wie Oldenburg und Osnabrück keine Busspuren. Dort seien die Busse voll und kämen überall gut an. Ferner verfügten die Busse in Emden über ein Abfragegerät, mit dem sie sich an Knotenpunkten vorher „Grün“ holen könnten. Das sei auch noch möglich, wenn die Busspur nicht mehr vorhanden sei.

Beschluss: Beschlussvorschlag der Antragstellerin:

1. Busspur in der Petkumer Straße von der Spedition Dirks bis zur Courbierestraße
 - a) Die Busspur wird aufgehoben.
 - b) Die vorhandenen Fahrbahnmarkierungen werden entfernt und durch neue Markierungen ersetzt.
 - c) Die Vorrangampel an der Bushaltestelle Courbierestraße in Richtung Stadtmitte bleibt erhalten.
2. Busspur in der Petkumer Straße im Stadtteil Friesland
Die bestehende Busspur bleibt erhalten.

Niederschrift Nr. 51 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 01.12.2005

3. Busspur Auricher Straße von der Autobahnzufahrt bis Schützenstraße

Ein Gutachten wird in Auftrag gegeben, welches überprüft, ob durch die nachfolgend beschriebenen Maßnahmen die Taktfrequenz der Busse erhalten bleibt.

- a) Die Busspur wird aufgehoben.
- b) Die vorhandenen Fahrbahnmarkierungen werden entfernt und durch neue Markierungen ersetzt. Stadteinwärts gibt es zwei Fahrspuren.
- c) Stadteinwärts sind zudem Linksabbiegerspuren einzurichten.
- d) Einrichtung von Vorrangampeln für Busse wie in der Petkumer Straße (Courbierestraße) an den Haltestellen in diesem Streckenabschnitt.

4. Auricher Straße von der Schützenstraße bis zur Eggenastrasse

Ein Gutachten wird in Auftrag gegeben, welches überprüft, ob durch die nachfolgend beschriebenen Maßnahmen die Taktfrequenz der Busse erhalten bleibt.

- a) Die Busspur wird aufgehoben.
- b) Die vorhandenen Fahrbahnmarkierungen werden entfernt und durch neue Markierungen ersetzt. Stadteinwärts gibt es zwei Fahrspuren.
- c) Stadteinwärts sind zudem Linksabbiegerspuren einzurichten.
- d) Einrichtung von Vorrangampeln für Busse wie in der Petkumer Straße (Courbierestraße) an den Haltestellen in diesem Streckenabschnitt.

5. Abdenastrasse

Das Linksabbiegen von der Abdenastrasse in den Kattewall (früher Wegner) wird untersagt.

Auf den als Anlage der Vorlage 14/1978 beigefügten Antrag der CDU-Ratsfraktion Emden vom 15.11.2005 wird verwiesen.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

MITTEILUNGSVORLAGEN

Punkt : 9 Vorlage 14/214-04
Beschluss des VA am 10.10.2005 über die Interpretation einer Festsetzung im Bebauungsplan D 142 (Stadtteil Larrelt, nördlich der Hauptstraße)

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 51 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 01.12.2005

Punkt : 10 Vorlage 14/1960-00
Verlegung der B 210 südlich Emden

Herr Docter führt aus, bereits seit 1980 sei die Verlegung der B 210 im Flächennutzungsplan der Stadt Emden dargestellt. Damit sei ein wesentlich rechtliches Element geschaffen. Nach Jahren des Stillstandes sei in der letzten Zeit insbesondere in den östlichen Hafengebieten eine enorme Entwicklung zur Nutzung der Flächen eingetreten, so dass diese dort fast vergeben seien. Der Verkehrsentwicklungsplan von 2004 habe bereits eine Variantenuntersuchung zur Entlastung des Stadtteils Friesland gemacht. Dort sei festgestellt worden, dass hier ein hoher Handlungsbedarf bestehe, weil mit der Zunahme von weiterem Verkehr gerechnet werde und für den Bereich der Petkumer Straße rund 20.000 Fahrzeuge prognostiziert seien. Der Verkehrsentwicklungsplan empfehle den Bau der Umgehung Friesland, weil daraus eine Entlastung von rund 11.000 Fahrzeugen gesehen werde.

Da es sich hierbei um eine Bundesstraße handle, liege die Planungshoheit bei der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV). Diese Behörde habe ein Ingenieurbüro mit einem sogenannten Linienbestimmungsverfahren und einer integrierten Umweltverträglichkeitsstudie beauftragt, um auf diesem Weg eine geeignete Trasse zu finden. Dieses sei notwendig gewesen, um einen nächsten wichtigen Schritt für die Planung - nämlich die Entwurfsphase und am Ende das Planfeststellungsverfahren und den Beschluss - zu bekommen. Nur über diesen Weg bestehe die Möglichkeit, mit dem Land Niedersachsen und dem Bund über Umsetzungsgelder zu sprechen.

Herr Schmidt erklärt, in Emden sei lange nach einer Anbindung des südlichen Hafengebietes und deren Finanzierung gesucht worden. In dem jetzt gültigem Bedarfsplan des Bundes sei durch das Fernstraßenabänderungsgesetz vom 20.01.2005 bzw. dem Änderungsgesetz vom 04.10.2004 diese Maßnahme aufgenommen worden. In diesem Bedarfsplan seien verschiedene Maßnahmen enthalten, wie u. a. die Verlegung der B 210 mit einer Länge von 1,3 km und Gesamtkosten von 11,8 Mio € einschl. Grunderwerb. Da diese Verlegung im vordringlichen Bedarf enthalten sei, könne die Planung kurzfristig aufgenommen werden. Das NLStBV habe am 01.03.2005 den Planungsauftrag vom Ministerium erhalten und sogleich das Ingenieurbüro Dr. Schlichting beauftragt. Das Ergebnis der Untersuchungen schließe mit einer Linienempfehlung ab. Auf dieser Basis solle dann der Entwurf aufgestellt werden.

Herr Dr. Schlichting stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Ergebnisse der Untersuchung mit der Umweltverträglichkeitsstudie sowie die Empfehlung vor. Die Präsentation ist im Internet unter www.emden.de im Rats- und Bürgerinformationssystem einzusehen. Demnach vereinige die vierte Variante die meisten Vorteile in Bezug auf Umwelt, Kosten und Verkehrstechnik. Er erläutert diese Variante eingehend und erklärt die Auswirkungen auf das Landschaftsbild, die Erholungsnutzung, das Klima, die Luft sowie auf die sonstigen Sachgüter. Anschließend erläutert er den Verlust des Grünlandes durch die Straße, die Schallpegelgrenzen für den Tag- und Nachtwert in den Wohnbereichen sowie die Entlastungseffekte an der bisherigen B 210 und an der Petkumer Straße.

Herr Bongartz ist erfreut darüber, dass so ein Bauvorhaben in der Zeit des knappen Geldes nun doch noch möglich sei. Dieses sei die einzige vernünftige Lösung für die Menschen in Friesland. Er bittet darum, die geplante Umgehung so schnell wie möglich umzusetzen.

Herr Bolinius ist ebenfalls von dieser Lösung erfreut. Durch die Umgehungsstraße würde nicht nur Friesland entlastet werden, sondern auch Borssum, Jarßum, Widdelswehr und Petkum, da der Verkehr nicht mehr über die L2 nach Leer zur Autobahn fahren würde.

Niederschrift Nr. 51 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 01.12.2005

Herr Bornemann hält auch diese Umgehung für besonders sinnvoll. Er erkundigt sich, wie die Zeitschiene aussehen werde.

Herr Stolz bedankt sich für den informativen Vortrag. Auch seine Fraktion habe den Wunsch, die Anwohner in Friesland zu entlasten. Bezüglich des Raumwiderstandes habe er Bedenken, dennoch müsse wohl nach Abwägung gebaut werden. Er warne jedoch vor Euphorie, da seines Erachtens die Verkehrsentwicklung so nicht weiter gehe, wie es prognostiziert werde.

Herr Docter entgegnet, das Thema Raumwiderstände müsse aus verschiedenen Perspektiven wie der Verkehrstechnik und der Natur betrachtet werden. Und dieses sei sicherlich auch bei anderen Trassenvarianten vorhanden. Schon im Verkehrsentwicklungsplan habe man sich in Richtung dieser Trasse geeinigt. Damit sei ein wesentlicher Faktor abgearbeitet.

Weiter führt er aus, es sei spekulativ über Öl- und Preisentwicklungen nachzudenken. Denn es könne ebenfalls eine Option sein, dass andere Träger der Fahrzeugfortbewegung entwickelt würden. Es sei festzustellen, dass große Fahrzeuge in den Emden Hafen hineinfahren würden. Dieses wirke sich erheblich auf den Stadtteil Friesland aus und werde aller Voraussicht auch in Zukunft so bleiben bzw. sich noch steigern.

Herr Docter halte die jetzt vorgelegte Lösung für die vernünftigste, da sie neben dem Stadtteil Friesland auch dem südlichen Herrentor eine Entlastung bringe.

Herr Schmidt führt aus, die Verkehrsentwicklung im Güterverkehr werde in den nächsten Jahren bis zu 50 % ansteigen. Daher mache es Sinn, hier die Straße zu verlegen, um die Wohngebiete zu entlasten. Hierbei sei kein aufwendiges Anforderungsverfahren mehr notwendig, da es sich um eine relativ kleinräumige Planung handle. Da ein Flächennutzungsplan vorhanden sei, könne man sofort in die Entwurfsphase übergehen. Für diese Arbeit müsse man 1,5 Jahre veranschlagen, daran schließe sich das Planfeststellungsverfahren an. Wenn alles gut laufe, könne man im Jahre 2008 zur Baureife gelangen. Er selber rechne mit einer Bauzeit von 1,5 Jahren, die im Wesentlichen durch die Brückenbauten bestimmt sei.

Herr Bongartz hält es für sehr wichtig, dass die Zuführung zum Emden Hafen verbessert werde. Man müsse daran denken, dass über die Entwicklung des Hafens auch Geld in die Stadt gebracht werde. Daher sei es unglaublich wichtig, den Hafen so schnell wie möglich zu erschließen.

Bezüglich des Raumwiderstandes teilt Herr Bongartz mit, dass dieses ein ernst zu nehmender Faktor sei. Jedoch müsse abgewogen werden, was durch die Umgehungsstraße den Menschen in Friesland und Herrentor erspart bleibe.

Herr Docter stellt abschließend fest, es müsse auch die Wirtschaft für dieses Projekt gewonnen werden, um eine einheitliche Meinung an das Land zu formulieren.

Herr Woldmer bedankt sich für die Vorträge.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 51 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 01.12.2005

Punkt : 11 Vorlage 14/1968-00
Bericht zur Erhebung der Vogelzugdaten im Auftrag der Stadt Emden im Zeitraum 2003 / 2004 durch das Büro Froelich und Sporbeck

Herr Kinzel erklärt, aufgrund von Gerichtsurteilen und anhängigen EU-Verfahren sowie der Nachrüstung des Flächennutzungsplanes hinsichtlich der Planungsdaten zum Vogelschutz seien die Vogelzugdaten in dem Zeitraum 2003 und 2004 von dem Büro Froelich und Sporbeck erhoben worden.

Herr Prof. Dr. Sporbeck stellt die Ergebnisse der Untersuchungen zum Rast-, Nahrungs- und Austauschgeschehen beim Vogelzug im Bereich der Stadt Emden bezüglich des Flächennutzungsplanes und den dort spezifischen Problemstellungen mit den Windenergieanlagen aber auch mit der weiteren bauleitplanerischen Entwicklung insbesondere im küstennahen Bereich vor.

Abschließend kommt er zu dem Ergebnis, dass die Windenergieanlagen im Wybelsumer Polder relativ geringe Auswirkungen auf das Austauschgeschehen der Zugvögel hätten. Seiner Ansicht nach läge dieses an dem relativ reichlichen Abstand und der großen Höhe der Windenergieanlagen. Sie reichten nicht in das überregionale Zugeschehen, seien aber hoch genug, dass die Niedrigflüge auch zwischen den einzelnen Windenergiemasten durchgeführt würden.

Herr Woldmer bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bolinius erklärt, er könne sich noch daran erinnern, dass gesagt worden sei, wie schädlich die Windanlagen im Wybelsumer Polder für die Vogelwelt wären. Zum Glück sei dieses nicht eingetreten. Er nehme an, dass man bezüglich der Vogelzählung im Teekabfuhrweg zu ähnlichen Ergebnissen kommen werde.

Herr Odinga kann diese Aussage nur bestätigen. Die Gänse ließen sich nicht durch die Windanlagen vertreiben.

Herr Bornemann ist der Ansicht, dieses Gutachten sei eine gute Grundlage für die zukünftigen Planungen, da es auch Vorgaben für die Weiterentwicklung geben würde.

Frau Eilers fragt an, was es für die Stadtentwicklung bedeute, wenn das vorhandene Potential nicht weiter eingeschränkt werden sollte.

Herr Prof. Dr. Sporbeck erklärt, dieses bedeute für die Stadtentwicklung, dass man versuchen sollte, die Rast- und Nahrungsflächen möglichst zu erhalten bzw. soweit abzulenken, um für die dort vorhandenen Vogelarten Ausweichräume in der Nähe zu schaffen. Dieses sei im Hinblick auf die benachbarten EU-Vogelschutzgebiete zu sehen. Wenn hier zusätzliche Anlagen geplant seien, müsse geprüft werden, inwieweit erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele der Vogelschutzgebiete auftreten könnten. Wenn sichergestellt werde, dass die außerhalb liegenden Rast-, Nahrungs- und Schlafplätze in ihrem Potential insgesamt nicht verschlechtert würden, dann käme es zu keiner erheblichen Beeinträchtigung bezüglich der EU-Vogelschutzgebiete, so dass die Maßnahmen im Regelfall durchgeführt werden könnten.

Herr Bongartz ist der Ansicht, dass dieses für die Weiterentwicklung am Rysumer Nacken sehr interessant sei. Er regt an, die Gemeinde Krummhörn in diese Überlegungen mit einzubeziehen.

Herr Docter teilt mit, die Stadt Emden stehe bereits mit der Nachbargemeinde in Kontakt. Er möchte jedoch auch zum Ausdruck bringen, dass Herr Prof. Dr. Sporbeck den

Niederschrift Nr. 51 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 01.12.2005

naturschutzfachlichen Teil im Bereich der Vögel dargestellt habe. Daneben gäbe es noch viele andere Teile.

Weiter erklärt er mit diesem Bericht habe man eine Basisarbeit, um detailliert Objekte zu planen. Aber erst dann, wenn Objekte dargestellt würden, könne man auch die konkreten Auswirkungen bemessen.

Er ist der Ansicht, dass man durch den Bericht eine gute Arbeitsbasis bekommen habe, um weiter zu arbeiten. Es werde nicht die einzige Untersuchung bleiben werden, da die Daten aktualisiert werden müssten, was im Planverfahren geschehe.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 12 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Herr de La Lanne trägt vor, aus zeitlichen Gründen sei es nicht möglich gewesen, die Vorlage 14/1988 in den Stadtentwicklungsausschuss einzubringen, so dass diese gleich im Verwaltungsausschuss beraten werde. Die Vorlage beinhalte die Aktualisierung der Satzung der Verkehrsregion Ems-Jade (VEJ). Die Gesellschaftervertreter der Stadt Emden hätten in der Sitzung der VEJ-Gesellschafterversammlung am 18.11.2005 der Änderung der Satzung vorbehaltlich der Zustimmung des Rates der Stadt Emden bereits zugestimmt.

2. Herr Kinzel bezieht sich auf die Anfrage der FDP-Fraktion zum Europäischen Ideenwettbewerb „Unsere Gewässer – Kosteneffiziente Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie“. Im Rahmen des Watercity-Projektes habe man schon vorbereitende Daten für die städtischen Gewässer gesammelt und Maßnahmen, die dem Zweck der Verbesserung der Wassergüte und –qualität dienten, umgesetzt. Diese ersten Vorläufer seien im Rahmen einer EU-Co-Finanzierung unternommen worden. Jedoch sei Emden eigentlich zu klein für den Betrachtungsraum Wasserrahmenrichtlinie. Aus diesem Grunde würden in Niedersachsen sogenannte Einzugsbereiche definiert, in denen das Wasser insgesamt betrachtet werde. Emden gehöre zum Bereich Untere Ems. Für diesen Bereich habe das Land Niedersachsen den Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) als federführend bestimmt. Aufgrund der Komplexibilität der Gewässer sei es aber schwierig zu erkennen, wohin man wolle. Die Wasserrahmenrichtlinie sehe vor, eine besonders gute Wasserqualität zu erzeugen. In Ostfriesland habe man die Situation, dass die Gewässer relativ langsam fließen. Daher seien Trübstoffgehalte natürlicherweise vorhanden.

Weiter erklärt Herr Kinzel, es sei noch sehr viel Arbeit zu leisten. Er vermute, dass im Rahmen der Kooperation erst Mitte 2006 festgelegt werden könne, welche Maßnahmen überhaupt erforderlich und wirksam sein könnten, um die Gewässer dauerhaft zu verbessern. Dann könne auch erst gesagt werden, ob es Sinn habe, sich an diesem Ideenwettbewerb zu beteiligen.

Punkt : 13 Sachstandsbericht "Soziale Stadt Barenburg"

Herr Fortmann führt aus, heute sei der erste Spatenstich für die Verlängerung des Fuß- und Radweges am Trecktief durchgeführt worden. Dieses Vorhaben werde mit Hilfe des EU-Projektes „B-Sure“ finanziert.

Niederschrift Nr. 51 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 01.12.2005

Weiter weist Herr Fortmann auf die Einweihung der neu gestalteten Schulhöfe in Barenburg am 15.12.2005 hin. Die Einladungen dazu seien vom Fachbereich Jugend, Schule und Sport bereits verschickt worden.

Herr von Fehren bedankt sich bezüglich des ersten Spatenstichs bei allen Beteiligten, die dieses Projekt ermöglicht haben.

Ferner bittet er bei der Besetzung der freien Wohnungen im westlichen Glaspalast darauf zu achten, diese nicht nur an Leute zu vermieten, die eine billige Wohnung suchen würden.

Weiterhin bedankt Herr von Fehren sich bei Herrn Buß vom Bau- und Entsorgungsbetrieb für die schnelle Erledigung der Anregungen und Wünsche des Beirates.

Punkt : 14 Anfragen

Herr Bolinius moniert die Ampelschaltung „Am Nordkai“ im Fußgänger- und Radfahrerbereich. Da dieses ein Gefahrenpunkt sei, müsse umgehend eine Änderung vorgenommen werden.

Herr Docter entgegnet, es sei schon mehrfach darüber gesprochen worden, dass hier eine technische Änderung erforderlich sei. Es werde eine getrennte Schaltung für Fußgänger und Radfahrer erfolgen. Das Radfahrer- und das Fußgängeremblem seien bestellt und würden sofort nach Lieferung eingebaut werden.

Herr Stolz beanstandet ebenfalls die unmögliche Situation für die Radfahrer. Er bittet, dieses schnellstens abzustellen.

Herr Docter betont, die gesamte Kreuzung befinde sich zurzeit in der Bewährungsphase. Auch sei die Verwaltung sehr deutlich gegen die Planungsfirma vorgegangen, die sich auch noch in der Gewährleistung befinden würde, da die Stadt Emden die Anlage noch nicht abgenommen habe.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 19:30 Uhr.